

BASLER
FREISINN
Gemeinsam weiterkommen.
**Fokus
Klima und
Umwelt**
Von Tür zu Tür, von Mensch zu Mensch

Das Wahlkampfjahr 2019 hat begonnen, die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren. Das Ziel ist klar: Wir wollen die SP überholen. Dafür werden viele motivierte und einsatzbereite Freisinnige am Haustürwahlkampf des teamFDP teilnehmen.
Seite 9


Nachhaltigkeit 2.0

In der Zukunftsvision für die Schweiz bekennt sich FDP.Die Liberalen klar zum nachhaltigen Umgang mit der Umwelt und den natürlichen Ressourcen: Wir wollen weg von einer starren Verbotspolitik, hin zu einer umsichtigen und nachhaltigen Energie- und Klimapolitik. Dafür braucht es innovative, umsetzbare Lösungen für Wirtschaft und Gesellschaft. Wir zeigen Ihnen, wie das Klima und die Umwelt mit liberalen Instrumenten und ohne Verbote wirksam geschützt werden.
Seite 10 bis 14

Delegiertenversammlung Biel

Die Delegierten der FDP haben am 12. Januar ihren alt Bundesrat Johann Schneider-Ammann würdig verabschiedet und die neue Bundesrätin Karin Keller-Sutter herzlich willkommen geheissen. Ausserdem sagen sie Ja zur AHV-Steuerentlastung und zur Waffenrichtlinie.
Seite 18 und 19

**Im Wahlkampf braucht
es die Unterstützung aller**
Nationalratswahlen 2019

Nach den Bundesratsersatzwahlen im Dezember beginnt das eidgenössische Wahljahr. Die FDP Basel-Stadt ist mit ihren fünf qualifizierten Kandidierenden bestens aufgestellt. Für eine erfolgreiche Wahl braucht es aber zusätzlich die Unterstützung sämtlicher Mitglieder und Sympathisanten der FDP in unserem Stadtkanton. Das Ziel des Gewinnes eines Nationalratssitzes für die FDP wird gelingen, wenn wir die gesamte liberale Basis des Kantons ansprechen.

Gemeinsam mobilisieren und Reichweite sicherstellen

Im Wahlkampf 2019 kommt den sozialen Medien eine hohe Bedeutung zu. Unsere Kandidierenden und die Partei werden deshalb in den kommenden Monaten auf den verschiedenen Kanälen noch aktiver sein. Die einfachste Form der Unterstützung ist, der FDP Basel-Stadt und den Kandidierenden in den sozialen Medien zu folgen und Postings zu liken, zu reposten, zu twittern oder auf andere Art an den eigenen interessierten Bekannten- und Freundeskreis weiterzuleiten, um so eine möglichst grosse Reichweite und breite Wahrnehmung zu erzielen.

Aber auch physische Mailings, Plakate, Verteilaktionen und die persönliche Ansprache von Interessierten bleiben wichtig. Wer kann in der heissen Phase nach den Sommerferien in seinem Garten

oder Schaufenster allenfalls ein Plakat aufstellen? Oder warum nicht seinen direkten Nachbarn im Quartier die FDP und ihre Kandidierenden mit einer freundlichen persönlichen Empfehlung näherbringen, sei es bei einem Quartierfest, im Laden um die Ecke, an der Haustür, per Telefon oder einfach im Briefkasten? Deshalb werden wir in den kommenden Wochen unsere Mitglieder kontaktieren und mit konkreten Vorschlägen aufzeigen, wie sie die Kandidierenden im Wahlkampf 2019 unterstützen können.

Wir zählen auf Ihr Engagement, werte Freisinnige, und freuen uns auf einen erfolgreichen Wahlkampf, um gemeinsam weiterzukommen.

Patrick Flad
Wahlkampfleiter Nationalratswahlen 2019

Inhalt

- 3 Nationalratswahlen:
Dominique Martin
- 4 Abstimmung Spitalfusion
- 5 Gastkommentar Silvio Borner
- 6 Abstimmung Steuervorlage 17
- 7 Nachruf Renate Köhler
- 8 Freiheitspodium / Ebbis Intärns
- 9 Wahlen 2019 / Door2Door
- 10 CO₂-Gesetz –
Lösung statt Empörung!
- 11 Klimapolitik 2.0 als Chance
- 12 Elektromobilität/
Emissionsreduktion
- 13 Gebäudesanierung/
Abfallwirtschaft
- 14 Nachhaltigkeit
in Grossunternehmen
- 15–17 Rückblick auf
die Bundesratswahlen
- 18/19 Delegiertenversammlung Biel
- 20 Mentoringprogramm der FDP
- 21 AHV-Steuervorlage/
Waffenrichtlinie
- 22 Nein zur
Zersiedelungs-Initiative
- 23 Agenda und Parolenspiegel

Kantonaltteil:

FDP.Die Liberalen Basel-Stadt | 4000 Basel
T: 061 313 50 40 | E: info@fdp-bs.ch | www.fdp-bs.ch

Layout:

LZ Print | E: kontakt@lzprint.ch

Druck:

NZZ Media Services AG
T: 071 272 72 06 | E: print@nzz.ch



Von Tür zu Tür, von Mensch zu Mensch

Gemeinsam kommen wir weiter.

Liebe Freisinnige

Es macht mir grosse Freude, auf das Jahr 2018 zurückzublicken. Wir sind nämlich seit 2018 die Partei mit den meisten gewählten Personen in den Kantons- und Regierungsräten. Und mit Karin Keller-Sutter haben wir eine Bundesrätin mit einem enormen politischen Leistungsausweis. Liebe Karin, ich danke Dir von ganzem Herzen, dass Du Dich in den Dienst von allen Menschen in der Schweiz stellst, damit wir als Land und Gesellschaft gemeinsam weiterkommen. Ich wünsche Dir für Deine Zukunft als Bundesrätin alles Gute, viel Kraft und vor allem viel Freude. Wir sind stolz darauf, dass Du unsere freisinnigen Werte im Bundesrat vertrittst!

Ich danke an dieser Stelle auch unserem alt Bundesrat Johann Schneider-Ammann noch einmal ganz herzlich für sein unermüdliches und langjähriges Engagement für die Schweiz. Lieber Hannes, ich wünsche Dir alles, alles Gute für die Zukunft!

Treten Sie dem Team FDP bei!

Doch nicht nur der Rückblick macht Freude, sondern auch der Ausblick. Denn nach zwei Jahren intensiver Vorbereitung ist es endlich da, das Wahljahr 2019. Unser Ziel für die Wahlen ist klar: Wir wollen gewinnen und die SP überholen. Damit wir das erreichen, gehen wir von Tür zu Tür und sprechen mit den Menschen darüber, was sie beschäftigt. Dazu haben wir das Team FDP gegründet. Helfen auch Sie mit, kommen Sie mit uns auf die Strasse – melden Sie sich gleich an.

Klimapolitik im Fokus

Auch in der Klimapolitik müssen wir endlich gemeinsam weiterkommen. Insbesondere nachdem das CO₂-Gesetz von einer unheiligen Allianz der Linken und der SVP versenkt worden ist. Das Beispiel zeigt wieder einmal deutlich, dass es den Linken und der SVP wichtiger ist, an ihrer ideologischen Verbots- und Blockadepolitik festzuhalten, als sich konstruktiv für die Verbesserung der bewährten Instrumente der Klimapolitik im In- und Ausland einzusetzen. Das machen wir nicht mit! Die FDP will weg von einer starren Verbotspolitik, hin zu einer umsichtigen, flexiblen und nachhaltigen Energie- und Klimapolitik, mit der die Schweiz vorwärtskommt. Dazu haben wir in unserer Zukunftsvision für die Schweiz ein klares Bekenntnis abgegeben. In diesem «Freisinn» zeigen wir Ihnen in verschiedenen Beiträgen auf, wie eine liberale, zukunftsfähige Klima- und Umweltpolitik aussehen soll. Ich wünsche Ihnen viel Spass bei der Lektüre!

Liberale Grüsse

Petra Gössi

PS: Am 10. Februar stimmen wir über die überflüssige und unnütze Zersiedelungs-Initiative ab. Sagen Sie Nein zu dieser zentralistischen Vorlage, denn sie lässt die unterschiedlichen Bedürfnisse unserer vielfältigen Schweiz völlig ausser Acht.

Dominique Martin: Frau am Puls der Zukunft

Nationalratswahlen

Wer demnächst in Zürich in einem Valora-Geschäft einkauft, die Waren mit seinem Handy erfasst und dann vergeblich die Kasse sucht, aber trotzdem schon alles bezahlt hat, der testet ein Projekt von Dominique Martin. Als Digitalisierungsexpertin will die Nationalratskandidatin der Basler FDP die Chancen der neuen digitalen Welt erfolgreich nutzen.

Aufgewachsen ist die bald 39-Jährige im basellandschaftlichen Füllinsdorf in einer Familie mit langjähriger freisinniger Tradition. Schon der Urgrossvater war FDP-Wähler, Grossvater Martin, wie auch Vater Martin sassen später als FDP-Vertreter im Gemeinderat. Als Dominique 20 war, setzte der Vater seine Tochter auf die FDP-Liste für die Wahl in die Gemeindekommission von Füllinsdorf. Sie wurde zweite Nachrückende und übernahm 2002 in der Kommission einen freisinnigen Sitz. Vorher schon war sie Mitglied der Jungfreisinnigen BL.

Nach der obligatorischen Schulzeit absolvierte Dominique Martin eine Informatiklehre bei Coop Schweiz in Basel mit begleitender Berufsmatur, was sie an die Fachhochschule Nordwestschweiz in Muttenz brachte. Dort belegte sie den trinationalen Studiengang Mechatronik, der sie so auch an der Dualen Fachschule Lörrach und an der Université Haute Alsace in Mulhouse studieren liess. 2007 schloss sie für die Schweiz und Deutschland mit dem Titel Dipl. Ing. (diplomierte Ingenieurin) ab. In Frankreich darf sie sich seither Ingénieur Maître nennen (Maîtresse wäre wohl politisch kaum korrekt...).

Nach dem Studium arbeitete Dominique Martin in Wallisellen bei einem SAP-Partner. Als ihr der Kanton Zürich den Status «Wochenaufenthalterin» aberkannte, war sie gezwungen, alle ihre politischen Ämter, die sie in ihrer «Lehrzeit» noch innehatte, abrupt aufzugeben. 2009 kehrte sie nach Basel zurück, um bis 2017 mehr oder weniger «aus dem Koffer» zu leben. Im Auftrag der Firmen Swisscom und Deloitte wirkte sie als Unternehmensberaterin für Informatikprojekte und war so meist in der Nähe der entsprechenden Kunden anzutreffen.

Inzwischen ist sie bei Valora «sesshaft» geworden und ist damit auch wieder in der Lage, der Basler FDP gleich in mehreren Funktionen zur Verfü-

gung zu stehen. Sie ist gleich dreifaches Vorstandsmitglied: bei den Basler FDP-Frauen, im Quartierverein Grossbasel-Ost, wo sie auch schon für den Grossen Rat kandidierte, und im Parteivorstand. Zudem betreut sie in allen drei Gremien die Finanzen.

Trotz diesem grossen Pensum an Parteiarbeit bleibt noch genug Zeit für ihre zehnjährige Haflingerstute Nora. Sie ist in einem Stall in Mariastein eingestellt, in dem Dominique sich der Sparte Westernreiten verschrieben hat und als Amateurreiterin an entsprechenden Turnieren teilnimmt.

Als Randbemerkung: Reiten gelernt hat Dominique Martin durch unseren Carl-Gustav «Gusti» Mez, den derzeitigen Vizepräsidenten der Offiziersgesellschaft beider Basel. Die OG war damals im gleichen Stall beheimatet.

Und jetzt also kandidiert Dominique Martin im kommenden Herbst auf der Liste 1 der Basler FDP. Die Liberalen für den Nationalrat. Sollte die Wahl gelingen, darf sie auf die Unterstützung ihres Arbeitgebers zählen. Mit ihrem Fachgebiet Digitalisierung vertritt sie auch die Anliegen der Firma Valora. Ausserdem will sie sich für die duale Bil-

dung, ein gleichberechtigtes Miteinander von Studium und Lehre, einsetzen. Und in Sachen Verkehr lautet ihre Devise: Schluss mit dem Gegeneinanderausspielen von Strasse und Schiene.



Dominique Martin und ihre Haflingerstute Nora.

Vorerst hat Dominique Martin aber noch drei Kassenabschlüsse zu erstellen, denn die Mitgliederversammlungen der Partei, des Quartiervereins und der Frauen finden im ersten halben Jahr 2019 statt. Dann erst geht's in die heisse Phase des Nationalratswahlkampfes.

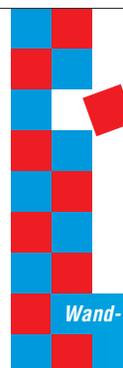
Max Pusterla, alt Grossrat

Anzeige

R. Soder Baugeschäft AG

Oberdorfstrasse 10
Postfach 108
4125 Riehen 1

Telefon 061 641 03 30
Fax 061 641 21 67
soderbau@bluewin.ch



Lergenmüller AG

Oberdorfstrasse 10, Postfach 108
4125 Riehen 1

Telefon 061 641 17 54
Fax 061 641 21 67

lergenmueller@bluewin.ch

Wand- und Bodenbeläge – Mosaiken

Ja zur Spitalfusion

Abstimmung 10. Februar 2019

Am 10. Februar 2019 können sich die Stimmberechtigten der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft zur Fusion der beiden Kantonsspitäler äussern, dem gesundheits- und regionalpolitisch vermutlich wegweisendsten Projekt der vergangenen Jahre. Während der zweite Staatsvertrag zur gemeinsamen Gesundheitsregion (Koordination der regulatorischen und aufsichtsrechtlichen Elemente) im Grossen und Ganzen unumstritten ist, löst die Spitalfusion eine heftige Debatte in Stadt und Landschaft aus.

Die angestrebte Fusion des Universitätsspitals Basel (USB) mit dem Kantonsspital Baselland (KSBL) ist das Ergebnis von konkreten Strategieüberlegungen der Führungsgremien der beiden Spitäler. Es handelt sich also primär um einen unternehmerischen Vorgang, nicht um ein politisches Projekt.

Wie so oft wollen es auch hier die Politiker links und rechts besser wissen als die mit der Führung der beiden Spitäler betrauten Verantwortlichen. Die Gegner der Spitalfusion, worunter sich die direkten Konkurrenten der öffentlichen Spitäler und die Gewerkschaften befinden, monieren neben der gewählten Rechtsform der Aktiengesellschaft und einer behaupteten Schlechterstellung des Spitalpersonals, dass unnötige Doppelspurigkeiten und überflüssige Kapazitäten an zu vielen Standorten aufgebaut und erhalten werden.

Richtig ist, dass eine AG gegründet wird. Die beiden Kantone binden sich aber über einen Staatsvertrag und über einen Aktionärsbindungsvertrag; die parlamentarische Mitsprache ist ebenfalls geregelt. Die Rechtsform ist offen für neue Partner (öffentliche oder gemeinnützige private Institutio-

nen). Bei einem Unternehmen mit knapp 1,5 Mrd. Franken Umsatz und über 10000 Mitarbeitern gibt es m.E. auch keine andere Rechtsform als die zu 100000-fach in der Privatwirtschaft erfolgreich erprobte Aktiengesellschaft. Die neue AG muss ein attraktiver Arbeitgeber bleiben, will das Spital seine Spitzenstellung halten; die Sorgen der Personalverbände sind m.E. unbegründet.

Falsch ist, dass mit der Fusion überholte Strukturen betoniert werden. Ohne die Fusion würden die 120 bis 150 Akutbetten auf dem Bruderholz nicht abgebaut, und das Bruderholzspital müsste für rund 300 Millionen vom KSBL renoviert werden. Mit der Fusion soll aus dem Bruderholz eine Tagesklinik für operative und interventionelle Eingriffe (TOP) entstehen; ein innovatives Projekt, mit welchem viele bisher stationär durchgeführte Eingriffe ambulant vorgenommen werden können. Die Abstimmungsvorlage ist aber auch ein politisches Verhandlungsergebnis, und ich vertraue darauf, dass die Führungscrew an allen Standorten nur die wirklich nötigen und refinanzierbaren Investitionen vornimmt.

Überaus relevant ist die Fusion aber für die Refinanzierung der Investitionen im USB. Der Grosse Rat hat 2015 die baurechtlichen Grundlagen geschaffen, damit das Klinikum 2 am Petersgraben ersetzt werden kann. Diese (und weitere) Investi-

Für mehr Gesundheit!

JA

zum gemeinsamen UNISPITAL

10. Februar 2019
in BASEL-STADT und
BASEL-LANDSCHAFT

jazumunisital.ch

tionen in Milliardenhöhe müssen aus dem Betrieb des Spitals refinanziert werden.

Dazu sind eine genügend hohe Fallzahl von Patientinnen und Patienten und die Synergieeffekte der Fusion erforderlich, welche mit gemeinsam entwickelten Forschungsprojekten auch die einzige Garantie sind, dass unsere medizinische Fakultät, unsere Forschungslaboratorien, unsere klinischen Forschungsprojekte längerfristig im nationalen und internationalen Wettbewerb bestehen können. Der Forschungsstandort Basel wird gestärkt, und das fusionierte Universitätsspital Nordwest wird zu einem starken Partner der Life-Sciences-Industrie.

Mark Eichner, Grossrat

AGENDA

20. Februar 2018

Freiheitspodium

3. April 2019

Gellert-Talk

11. April 2019

Parteitag

Details siehe: www.fdp-bs.ch

Anzeige

Schweizer Söhne
Malen Gipsen

Wir hinterlassen einen frischen Anstrich
Malen, Gipsen, Isolieren, Tapezieren

061/381 83 15

Spalenring 14/16 CH-4055 Basel
Zweigstelle: Schützenstrasse 2/4 4127 Birsfelden
E-mail: malen@schweizersoehne.ch
Homepage: www.schweizersoehne.ch



Liberaler Appell an den Freisinn

Gastkommentar

1. Symptome der Krise

Gemäss WEF-Indikator sind wir bezüglich Wettbewerbsfähigkeit absolute Spitze, laut «Happiness-Report» der UNO die glücklichsten Menschen und nach Economiesuisse die innovativste Wirtschaft. Ich Sorge mich trotzdem um die Zukunft meiner Enkel, aber weniger wegen des Klimas als vielmehr wegen des Politikversagens mit drei Treibern.

Der erste ist die Ablösung der Konkordanz durch die Polarisierung im politischen System und das damit verbundene Abdriften der Mitte nach links. Dieses Linkskippen gilt sowohl für den Bundesrat wie auch für das Parlament und vor allem für die immer mächtiger werdende Verwaltung. Das zweite Phänomen bezeichne ich als Wohlstandsschizophrenie. Wir haben wirtschaftlich fast alles erreicht und wollen der ganzen Welt ein Vorbild sein. Also verrennen wir uns in global betrachtet rein symbolische, aber für uns teure Alleingänge in der Klima- und Energiepolitik. Gleichzeitig lassen wir hausgemachte Probleme im Gesundheitswesen oder in der Alterssicherung in eine nicht nachhaltige Umverteilung zulasten der Jüngeren hineinschlittern. Markt- und Technologiefeindlichkeit erfassen breiteste Kreise. Wir beschwören Innovationen, aber betreiben Strukturhaltung. Forderungen nach Verzicht oder Suffizienz treten an die Stelle von

Fortschritt und Effizienz. Wir müssen unseren Konsum aus ökologischen Gründen einschränken, aber die Einkommen oder Renten dürfen natürlich um keinen Rappen sinken. Die Lehrer predigen den Kindern Bescheidenheit, aber verlangen ungeniert happige Lohnerhöhungen.

Drittens nimmt das staatsgläubige Mainstream-Denken überhand und bewegt sich weg vom freien Markt und von der Selbstverantwortung hin zur staatlichen Dominanz von immer mehr Lebensbereichen. Immer, wenn es um die höhere Moral bei sozialer Solidarität, der Demokratisierung der Wirtschaft, ökologischer Nachhaltigkeit und Ausweitung der Staatsaufgaben geht, kippen grosse Teile des freisinnigen Lagers in antiliberalen Denk- und Handlungsmuster.

2. Die neuen Ideologien

Die marxistischen Formeln des Sozialismus sind passé, sind aber durch einen «Sozialdemokratismus» ersetzt worden. Dieser orientiert sich am Egalitarismus und will durch radikale Umverteilung und Sozialrechte «soziale Gerechtigkeit» erzwingen. Der Kommunitarismus will die Wirtschaft demokratisieren und so den individualistischen Markt durch kollektive Solidarität und Diskurs ersetzen. Das Verhalten am Markt wird durch «Exit» domi-

niert. Wenn mir im Markt etwas nicht passt, wechsle ich einfach den Marktpartner. Im Kommunitarismus jedoch steht «Voice» im Vordergrund. Wir sollen so lange und so uneigennützig diskutieren, bis wir eine einvernehmliche und sozialverträgliche Lösung gefunden haben. Diese Politik will «Exit» durch «Voice» ersetzen, und zwar gerade auch in marktwirtschaftlichen Beziehungen. Produkte müssen «fair» sein, Löhne «nichtdiskriminierend» und Esswaren «nachhaltig».

Der sich am menschengemachten Weltuntergang orientierende Ökologismus predigt Nachhaltigkeit und Selbstbeschränkung. Dabei operiert er primär mit der Verbreitung von Angst und Schrecken und deckt Fakten und Forschung mit Moralisierung zu. Der Klimawandel ist zum religiösen Ersatz für die Hölle verkommen. Wissenschaftlich unhaltbare Konzepte wie «die Grenzen des Wachstums», die 2000-Watt-Gesellschaft oder der ökologische Fussabdruck sind zu absoluten Heilsbotschaften verkommen. Und die Wissenschaft erweist sich als erpressbar sowohl durch Zuckerbrot wie auch durch Peitsche, vor allem bei Gender Studies, der Klimapolitik oder der Gentechnik. Auf jedes noch so schwache Marktversagen oder noch so kleine gesellschaftliche Problem folgt sofort der Ruf nach einer starken staatlichen Intervention. Dahinter steckt ein Glaube an die politische Machbarkeit von allem und jedem. Übersehen wird dabei aber, dass in aller Regel das Staatsversagen – sei es Politikversagen in der Entscheidungsfindung oder in der Umsetzung – viel schwerwiegendere Konsequenzen hat als das ursprüngliche Problem.

3. Schlussfolgerungen

Wir verlieren auf diesem falschen Weg sowohl an persönlicher Freiheit wie auch an freiwilliger Solidarität. Dafür verantwortlich sind ausgerechnet die neuen Ersatzreligionen, die den moralischen Anspruch erheben, die Welt oder uns Menschen zu verbessern oder gar zu retten. Wir stehen in der Schweiz vor tiefen Abgründen, angefangen bei der Energiewende, unserem Verhältnis zu Europa, in der Alters- und Gesundheitspolitik, in der grün-roten Reglementierung, aber auch der Entmündigung der Bürger durch ein allgegenwärtiges Anspruchs- und Schutzdenken. Eine Umkehr im Sinne eines liberalen «Revivals» ist dringlich. Der Test für Liberalismus sind robuste liberale Institutionen. Diese garantieren Wohlstand und Fortschritt auch ohne hochmoralische Menschen, ohne perfekte Rationalität und ohne vollkommene Konkurrenz. Fehlendes Wissen ruiniert eine zentrale Planwirtschaft, aber bereichert eine Marktwirtschaft, indem innovative Anreize zur Wissensvermehrung gesetzt werden.

Silvio Borner
Carnot-Cournet-Netzwerk

«Basler Kompromiss»: Ein Gewinn für alle

Abstimmung 10. Februar 2019

Am 10. Februar 2019 stimmt der Kanton Basel-Stadt über die kantonale Umsetzung der Steuervorlage 17 ab. Die Vorlage ist ein fein austariertes und breit abgestütztes Paket, von dem alle ganz direkt profitieren.

In den letzten Jahren hat sich auf internationaler Ebene einiges im Bereich der Unternehmensbesteuerung getan. Die bisherige Schweizer Praxis von sogenannten Statusgesellschaften (steuerlich privilegierte, international tätige Unternehmen) wird international nicht mehr akzeptiert und muss geändert werden. Nachdem eine erste Vorlage 2017 auf nationaler Ebene gescheitert war, war klar: Eine Reform der Unternehmenssteuer ist nur mehrheitsfähig, wenn soziale Ausgleichsmassnahmen vorgesehen sind. In Basel-Stadt haben Regierung, Parteien und Wirtschaftsverbände deshalb ein von links bis rechts breit abgestütztes Kompromisspaket geschnürt.

Klarheit für Unternehmen

Eine Statusgesellschaft zahlt heute 8 bis 10 Prozent

Gewinnsteuern. Würde man die bisherige reduzierte Besteuerung ersatzlos streichen und beispielsweise ein international tätiges Handelsunternehmen ordentlich besteuern, wäre die Steuerlast mit 15 bis 22 Prozent plötzlich massiv höher. Um diesen sprunghaften Anstieg der Gewinnsteuerlast zu verhindern, soll der allgemeine Gewinnsteuersatz auf effektiv 13,04 Prozent gesenkt werden. Die Folge ist, dass der Anstieg bei weitem nicht mehr so stark ist. Dank der Einführung einer sogenannten Patentbox, mit welcher Gewinne aus patentgeschützten Produkten tiefer besteuert werden, wird die Steuerbelastung für Forschungsunternehmen gar nur leicht höher. Profitieren werden hingegen die KMU, deren Gewinnsteuersatz deutlich sinkt. Diese Steuersenkungen entlasten die Unternehmen im Kanton insgesamt um 200 Mio. Franken.

Diese Reform hat ihren Preis

Es liegt in der Natur der Sache, dass bei einem Kompromiss auch Konzessionen erforderlich sind. So wird die Mindesthöhe der Familienzulagen um 75 Franken pro Monat erhöht – eine Mehrbelastung für die Unternehmen. Auch die Dividendenbesteuerung wird angepasst: Wer mindestens 10 Prozent der Aktien eines Unternehmens hält, muss seine Dividenden künftig zu 80 Prozent besteuern statt wie bisher zu 50 Prozent. Die Entlastung der Unternehmer bei den Steuern wird also teilweise wieder kompensiert. Diese Massnahmen sind alles andere als erfreulich. Aber sie sind angesichts der politischen Mehrheiten im Kanton der Preis, den die Basler Wirtschaft zu zahlen bereit sein muss, um mit klaren und gesicherten Rahmenbedingungen ein gutes Umfeld zu erhalten, um Investitionen zu tätigen und Arbeitsplätze zu schaffen. Und wir können mit gutem Gewissen sagen: Das Ergebnis stimmt. Unter dem Strich bleiben 100 Mio. Franken steuerliche Entlastung für die Unternehmen.

Tiefere Steuern für die Bevölkerung

Erfreuliche Nachrichten gibt es für die Bevölkerung. Diese profitiert ganz direkt von der Steuervorlage. Aufgrund stetig steigender Krankenkassenprämien wurde entschieden, den Versicherungsabzug um 1200 (Einzelpersonen) bzw. 2400 (Ehepaar) Franken zu erhöhen. Zudem sinkt der untere Einkommenssteuersatz von 22,25 auf 21,50 Prozent, was insbesondere den Mittelstand entlastet, der in den vergangenen Jahren mit seinen Steuerzahlungen zur guten finanziellen Lage des Kantons beigetragen hat. Die beiden Massnahmen bedeuten zusammen eine steuerliche Entlastung um bis zu 1767 Franken pro Person.

Die beteiligten Parteien haben sich weiter darauf geeinigt, dass auch wer keine Steuern zahlt, von der Reform profitieren soll. Neben den höheren Familienzulagen werden künftig mehr Einkommensklassen Anspruch auf Prämienverbilligung haben. Wer ein alternatives Versicherungsmodell wählt, soll eine höhere Verbilligung erhalten.

Ein gutes Gesamtpaket

Die kantonale Umsetzung der Steuervorlage 17 hat erfreuliche und weniger erfreuliche Elemente. In einer Gesamtbetrachtung bringt der «Basler Kompromiss» aber Klarheit und Rechtssicherheit für die Unternehmen, stärkt Basel-Stadt als Forschungs- und Entwicklungsstandort und spült mehr Geld ins Portemonnaie der Baslerinnen und Basler. Er verdient daher am 10. Februar unsere Zustimmung.

www.baslerkompromiss.ch

Luca Urgese

Präsident FDP.Die Liberalen Basel-Stadt

Nachruf

Renate Köhler-Fischer

Am 20. November 2018 ist Renate Köhler-Fischer, geborene Leiter, nach kurzer, aber schwerer Krankheit im Alter von 77 Jahren verstorben.

Renate wurde in Hamburg geboren und war immer schon freisinnig eingestellt, aber zur FDP kam sie eher per Zufall. Sie arbeitete bei der Balair und wurde durch den damaligen Präsidenten Emil Hediger, der bei der Swissair arbeitete, darauf angesprochen, ob sie nicht im FDP-Quartierverein als Aktuarin mitmachen möchte. So kam sie 1990 zur heutigen FDP Kleinbasel und prägte den damaligen Quartierverein Unteres Kleinbasel/Kleinhüningen massgeblich. Während fast 20 Jahren präsidierte sie den Quartierverein erfolgreich und sorgte dafür, dass der Quartierverein mit den Grossräten Giovanni Nanni, Roland Vöggtli und «Dulle» Marti eine starke Vertretung des unteren Kleinbasel im Grossen Rat hatte.

Renate Köhler war aber nicht nur in der FDP



stark engagiert, sie setzte sich auch voller Leidenschaft und Vehemenz für weitere Organisationen ein. Sie war auch stets sehr pflichtbewusst. Als ich im Oktober mit ihr telefonierte, sagte sie mir noch, dass sie trotz Schmerzen ihre Aufgabe als Richterin wahrgenommen habe... Ja, das war Renate, unermüdlich im Einsatz für

die Partei, für Quartiertreffpunkt Rhyacker, für die Senioren und in den letzten Jahren auch bei der Betreuung ihres geliebten Mannes Peter.

Der Verlust wiegt gross für das ganze Kleinbasel. Ich schätzte Renate sehr, sie war massgeblich dafür verantwortlich, dass ich mich überhaupt politisch engagiere. Am traditionellen Fondueessen von FDP und LDP vor zehn Jahren hat sie mich in den Kreis ihrer «Buben» aufgenommen. Und auch nach ihrem Rücktritt als Präsidentin des Quartiervereins hat sie mich stets herzlich unterstützt. Ich werde die Gespräche mit ihr in ihrem Garten vermissen und in bester Erinnerung behalten.

Am 14. Dezember 2018 fand in «ihrem» Quartiertreffpunkt Rhyacker die sehr schöne Abendankungsfeier statt. Unser Regierungsrat Baschi Dürr würdigte dabei den Einsatz von Renate für die Partei und das ganze Kleinbasel.

Wir vermissen dich, Renate, und werden dich stets in liebevoller Erinnerung behalten.

Daniel Seiler
Präsident FDP Kleinbasel

Publireportage

FDP-Mitglieder stellen sich vor**Vöggtli-Mode am neuen alten Standort in der Greifengasse 12**

Roland Vöggtli, alt Grossrat und langjähriges FDP-Mitglied, freut sich zusammen mit seinem Team, die neusten Kollektionen der Marken Maison Mollerus, Carlo Colucci, HOM, Angels und viele mehr zu präsentieren. Das traditionsreiche Modegeschäft für ein anspruchsvolles Publikum befindet sich seit 2017 wieder in der ursprünglichen Liegenschaft an der Greifengasse 12.

Ein Besuch lohnt sich immer.

Vöggtli
mode

Roland Vöggtli und sein Team freuen sich über Ihren Besuch.

Vöggtli-Mode, Greifengasse 12, 4058 Basel, Tel. 061 691 18 77
www.voegtli-mode.ch





Umgang mit Gefährdern

Freiheitspodium 20. Februar 2019

Rund 180 Risikopersonen und Kriegsteilnehmer sowie 600 Auffällige im Internet sind auf dem Radar der Behörden. 78 Islamisten, Neonazis und Hooligans ist die Einreise verboten. Aktuell sind zudem zwei Schweizer IS-Helfer in Marokko inhaftiert, und es gibt Vandalismus gegen jüdische Läden und Anschläge auf staatlich engagierte Bau-firmen. Was tun, ohne unsere Liberalität aufzugeben?

In Basel wird die Synagoge inzwischen polizeilich bewacht. Doch breitere Prävention ist schwierig, über eine Opfer-Täter-Logik massen sich die Gewaltbereiten Macht an – ideologisch, religiös oder ökologisch unterlegt. Als Feindbild dient den Islamisten der «Westen», den politisch Radikalisierten der Staat und das Grosskapital – und Ökoextremisten greifen bereits Metzgereien an. Oft finden sich alle im Antisemitismus – alte Stereotype vermischen sich mit neuen Verschwörungstheorien.

Friedrich Leibachers Massaker am 27. September 2001 im Zuger Parlamentsgebäude hat vieles verändert. Seither gibt es in Staatsgebäuden Eingangskontrollen und in einzelnen Kantonen das Bedrohungsmanagement. Und seit den Terroranschlä-

gen in ganz Europa haben Bund und Kantone ihre Massnahmen verstärkt. Basel-Stadt hat 2016 die koordinierende Task-Force-Radikalisierung installiert, und der Nachrichtendienst des Bundes verfügt seit 2017 mit dem Nachrichtendienstgesetz über neue Mittel zur Früherkennung von Bedrohungslagen. Diese werden aufgrund der weltweiten politischen Krisen und Aktionen im Cyberspace immer komplexer; Behörden, Firmen und NGOs werden ausspioniert.

Wie weit soll nun die Bewegungsfreiheit der Risikopersonen eingeschränkt werden? Und: Braucht es mehr Technik und Polizei oder Integration und Sozialarbeit? Damit befasst sich das Freiheitspodium am 20. Februar um 19 Uhr im SUD am Burgweg 7 in Basel, Türöffnung ist 18.30 Uhr.

Regierungsrat Baschi Dürr informiert zuerst über die aktuellen Massnahmen der Behörden. Danach diskutieren Edibe Gölgeci, Grossrätin SP, Thomas Kessler, Consulter/Leiter Task-Force 2016/17, Dr. Reto Müller, Rechtsexperte – Fokus Polizeirecht, und Andreas Räss, Leiter Fachstelle Integration. Moderation: Daniel Gerny, NZZ.

Thomas Kessler, Nationalratskandidat

Ebbis Intärns

Im November durften wir **Ruth Amiet, Michael Bammatter-Glättli, Matthias Eglin** und **Patricia von Escher-Duc** zum Geburtstag gratulieren.

Im Dezember feierten **Hans Ulrich Meister** und **René Schmidlin** einen runden Geburtstag.

Wir gratulieren allen Mitgliedern zu ihren Geburtstagen und wünschen von Herzen alles Gute.

Skiweekend

Basler FDP zum 30. Mal in Klosters

1989 organisierte alt Grossrat Roman Geeser das erste Skiweekend im Koloniehaus «bim Lerch» in Klosters. 30 Jahre später treffen sich die freisinnigen Basler Schneesportler im Januar immer noch an diesem Ort. In den Anfangsjahren waren die Apéros vor dem Nachessen jeweils begleitet von Plaudereien mit lokalen Politgrössen. So lernte man die Gemeindevorsitzenden von Klosters kennen, man hatte Kontakt mit den Verkehrsdirektoren wie auch mit Kennern des WEF in Davos. Höhepunkt bildete kurz vor Eröffnung des Vereintunnels eine Begehung der Tunnelröhre bis hin zur Stelle, wo die heilige Barbara über das Bauwerk wacht. Später verzichtete man auf die geistige Nahrung und gab sich nur noch den kulinarischen Genüssen hin. Heuer war wieder «homemade-cooking» angesagt: das Poulet «Mozart», das Küchenfee Erika Maurer aufsichtete, war Michelin-Stern-würdig, und das anschliessende Kuchenbuffet aus dem Backofen von Nationalratskandidatin Dominique Martin kaum mehr zu übertreffen.





Das Wahlkampfbjahr 2019 hat begonnen, die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren. Das Ziel ist klar: Wir wollen die SP überholen. Die FDP setzt dafür 2019 auch auf den Door2Door-Wahlkampf. Wir bringen Ihnen das «Türchen» näher.

Gute Politik entsteht selten im stillen Kämmerlein, sondern indem wir den Fuss vor die eigene Tür setzen, zuhören und die Sorgen und Bedürfnisse aller Menschen aufnehmen. Diesen Gedanken setzt die FDP 2019 um und schlägt mit dem Door2Door-Wahlkampf neue Wege im Campaigning ein. Zwar haben Haustürbesuche beim Freisinn schon eine lange Tradition: Viele Kandidatinnen und Kandidaten klopfen seit Jahrzehnten erfolgreich an die Türen. Allerdings werden die beiden Massnahmen erstmals landesweit und in Kombination mit Datenanalyse eingesetzt. Zudem wollen wir nicht nur vereinzelt an die Türen gehen, sondern als Bewegung #teamFDP kollektiv den Dialog mit der Wählerschaft aufbauen.

Warum Door2Door?

Der Haustür-Wahlkampf ist mutig – Kandidatinnen und Unterstützer gehen an die Türen der Wählerinnen und Wähler und suchen den Dialog. Dass nicht alle an einem Gespräch interessiert sind, gehört dazu. Wir Kandidierenden können der Wählerschaft so aber zeigen, wie wichtig es uns ist, die

Menschen hinter diesen Türen zu verstehen und sich ihnen zu stellen. Wir FDP-Kandidierenden zeigen so unser Engagement und die gelebte Zusammengehörigkeit in der FDP. Damit die Öffentlichkeit das auch wahrnimmt, ist es wichtig, auf den sozialen (Hashtag #teamFDP) und in den klassischen Medien präsent zu sein.

Was erhofft sich die FDP davon?

Die Wählerinnen und Wähler sollen die FDP und ihre Kandidierenden persönlich kennen lernen können. Nach dem grossen Hype um Social-Media-Wahlkämpfe sind wir überzeugt, dass persönliche Nähe wieder mehr Wert hat. Und für uns Politikerinnen und Politiker ist es eine super Chance, ein direktes, ungefiltertes Feedback aus der Bevölkerung zu erhalten. Wie gut Tür-zu-Tür-Wahlkampf in der Schweiz funktioniert, wird sich erst noch zeigen. Im Ausland ist das Tür-zu-Tür-Campaigning aber vielerorts bereits ein bewährtes Instrument.

Wo wird Door2Door 2019 eingesetzt?

Im Vorfeld der nationalen Wahlen wird das Tür-zu-

Tür-Campaigning in Rahmen von Pilotversuchen bei kantonalen Wahlen in den Kantonen Zürich, Luzern und Basel-Landschaft sowie St.Gallen und Tessin getestet. Fallen die Erfahrungen vielversprechend aus, soll die Methode im Hinblick auf die nationalen Wahlen landesweit zum Einsatz kommen.



Impressionen von Door2Door-Workshops in Zürich...



und Luzern – das Team FDP ist schon hochmotiviert!

Wer kann mitmachen?

Alle Freiwilligen, die beim Tür-zu-Tür-Wahlkampf mitmachen möchten, können sich über die Website <https://www.teamfdp.ch/> beim Generalsekretariat dafür anmelden. Dieses bietet Schulungen an, an denen man von Kampagnenexperten alles erfährt, was man als erfolgreicher Door2Door-Wahlkämpfer wissen muss – geübt werden etwa die Begegnung an der Tür und das Bedienen der dazugehörigen App. Informiert wird aber auch über den korrekten Umgang mit persönlichen Daten – ein urliberales Anliegen. Bei der Ortspartei wird dann das Kampagnenmaterial bezogen, und es werden die «Canvasser»-Teams gebildet, die dann gemeinsam losziehen und raus auf die Strasse gehen.



Werden Sie Teil des #teamFDP!
Scannen Sie den Code mit Ihrem QR-Code-Reader auf dem Handy und Sie gelangen zur Website.



CO₂-Gesetz: Lösung statt Empörung

Wie die CO₂-Debatte wirklich verlief

Was der Nationalrat beim CO₂-Gesetz wirklich beschlossen hat: eine pragmatische Analyse der beschlossenen Ziele und Massnahmen mit Ausblick auf die weiteren Beratungen im Ständerat.

Die emotionalen Reaktionen nach der Ablehnung des CO₂-Gesetzes im Nationalrat haben dazu geführt, dass der Blick auf das Wesentliche verloren ging. Nämlich, dass die vom Nationalrat beschlossenen Massnahmen im neuen CO₂-Gesetz klar wirkungsstärker gewesen wären als jene im aktuellen CO₂-Gesetz. Das beweist die pragmatische Analyse im folgenden Abschnitt. Der emotionale Streit über das fehlende, übergreifende Inlandziel ist völlig übertrieben und zeigt, dass die Linken im Wahlkampfmodus stecken: #Klimawahl. Klimanationalismus statt Gesamtsicht. Problembewirtschaftung statt Lösungsfindung – schade. Rot-Grün hat im Seitenwagen der SVP das CO₂-Gesetz versenkt und nicht die FDP. Das ist Fakt.

Beschluss des Nationalrates

Der FDP wurde im Nachgang der intensiven Debatte vorgeworfen, man habe das CO₂-Gesetz so stark

verwässert, dass die Ablehnung des Geschäftes mitverschuldet war. Dabei ging bewusst vergessen, dass die Gesetzesvorlage nach der Beratung im Nationalrat diverse Beschlüsse beinhaltet, die nicht in unserem Sinne ausgefallen sind. So wurde am Schluss z.B. gegen unseren Willen die CO₂-Abgabe fast verdoppelt. Trotzdem sind wir in der Gesamtabstimmung entgegengekommen und haben zugestimmt. Zur Übersicht wird in der blauen Box eine Auswahl von zehn Massnahmen aufgelistet, die nun aufgrund der Ablehnung nicht in Kraft treten.

Exkurs: Flugticketabgabe

Eine Flugticketabgabe bewirkt als nationale Insellösung nichts, wie internationale Beispiele zeigen: Die Flughäfen London Luton, London Gatwick, Wien, Frankfurt, München, Kopenhagen usw. steigerten den Flugverkehr in den letzten Jahren trotz Flugticketabgabe massiv. Oder es kam einfach zu

Verlagerungen zu kostengünstigeren Flughäfen. Klimapolitisch ist die Wirkung darum gleich null. Der Luftverkehr ist global anzugehen, was mit dem internationalen Klimainstrument CORSIA bereits aufgegleist ist. Ein koordiniertes Vorgehen ist besser als Hauruckübungen im CO₂-Gesetz.



Christian Wasserfallen

Wie weiter mit dem CO₂-Gesetz?

Es bleiben vor allem drei grosse Streitpunkte, die allesamt sachlich zu diskutieren sind: das Inland-/Auslandziel, die Höhe der CO₂-Abgabe und die Flugticketabgabe. Wir werden bei allen Themen konstruktiv mitarbeiten, damit das Pariser Klimaabkommen clever umgesetzt werden kann.

Christian Wasserfallen, Nationalrat BE

Durch unheilige Allianz versenkte Massnahmen

8 Inlandmassnahmen

Nr. 1: Weiterführung der tiefen CO₂-Grenzwerte nach 2020 für Neuwagen (Personenwagen: 95 g CO₂/km).

Nr. 2: Inlandziel für Gebäude (–50% bis 2030) und Ausbau der individuellen Zielvereinbarungen für Gebäudeeigentümer, wenn in die Reduktion des CO₂-Ausstosses investiert wird.

Nr. 3: Ausweitung der nachweislich funktionierenden Zielvereinbarungen auf alle Unternehmen, damit sie sich nach erfolgten Investitionen in den Klimaschutz von der CO₂-Abgabe befreien lassen können (vgl. Grafik).

Nr. 4: Erhöhung der CO₂-Abgabe von maximal 120 Franken/Tonne CO₂ auf 210 Franken/Tonne CO₂.

Nr. 5: Verlängerung des Gebäudesubventions-

programmes des Bundes bis 2030 mit 450 Mio. Franken pro Jahr.

Nr. 6: Erhöhung der Treibstoffkompensation im Inland (mind. 20% bis max. 90%).

Nr. 7: Maximale Treibstoffpreiserhöhung von 8 Rappen pro Liter für Kompensationsmassnahmen (statt 5 Rp. wie heute).

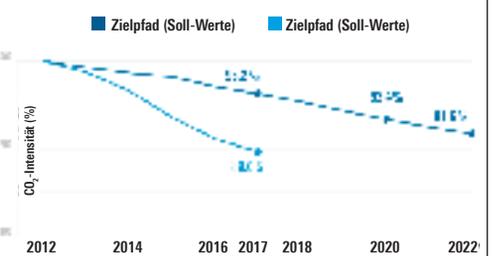
Nr. 8: CO₂-Verminderungsleistung von Wald oder anderen Lösungen werden berücksichtigt.

2 Auslandmassnahmen

Nr. 1: Koppelung mit dem Europäischen Emissionshandelssystem für Klimazertifikate inkl. Einbindung der Luftfahrt.

Nr. 2: Anrechenbarkeit von ausländischen CO₂-Reduktionen nach Regelwerk des Pariser Abkommens (internationale Bescheinigungen).

CO₂-Intensität der Unternehmen mit Zielvereinbarung* (in %)



*CO₂-Intensität: Die ausgestossene Menge CO₂ pro produzierte Energieeinheit
Quelle: Energie-Agentur der Wirtschaft

Die Unternehmen im Zielvereinbarungssystem übertreffen ihre Emissionsreduktionsziele auch in der aktuellen Verpflichtungsperiode deutlich und liegen bereits 2017 unter dem Zielwert von 2020. Gegenüber dem Stand von 1990 haben sie ihre CO₂-Emissionen um über 30 Prozent reduziert.



Klimapolitik 2.0 als Chance begreifen

Für Klimaschutz im In- und Ausland

Die UNO-Klimakonferenz von Katowice hat es gezeigt: Die Begrenzung der Erderwärmung auf deutlich unter 2 Grad über ein globales Regelwerk muss möglichst rasch in Angriff genommen werden. Offen bleibt in vielen Staaten, wie ehrgeizig sie den Weg zum Ziel gehen werden. Es liegt nun am Ständerat aufzuzeigen, wie die Schweiz diesen Weg chancenreich begehen kann.

Sollen die Treibhausgasemissionen der Schweiz im Inland um 40 Prozent gesenkt werden? Oder um 50? Um 60 Prozent? Oder braucht es gar kein minimales Inlandziel? Weil sich der Nationalrat in dieser und weiteren Fragen nicht einig wurde, hat er nach zehnstündiger Debatte die Teilrevision des CO₂-Gesetzes bachab geschickt. Dies hat in der Bevölkerung, bei Umweltverbänden und selbst im Parlament eine grosse Unzufriedenheit ausgelöst, um Kompromisse zu finden und neue Vorschläge zu erarbeiten.

Die Schweiz soll Verantwortung übernehmen

Gerne weisen wir Schweizer darauf hin, dass unser Land zu den zwanzig grössten Wirtschaftsnationen der Welt gehört und dass wir bezüglich Direktinvestitionen sogar zu den Top 5 gehören. Weniger

gerne sagen wir aber, dass unser Land der weltweit sechstgrösste Verursacher von Treibhausgasen wäre, würden die in der Schweiz verwalteten Finanzflüsse mit CO₂-Emissionen verknüpft und uns angelastet. Es ist offensichtlich: Die Schweiz ist in der Pflicht, und zwar im Inland wie im Ausland. Eine auf «Win-Win» fokussierte Klimapolitik sollte deshalb vor allem zwei Aufgaben erfüllen: Sie soll Massnahmen umsetzen, die sich schon mit

heutigen Technologien lohnen. Und sie soll durch Forschung und Entwicklung Massnahmen fördern, damit diese auch unter Einrechnung der Klimafolgekosten wirtschaftlich werden und weltweite Anwendung finden. Der Bundesratsvorschlag für das CO₂-Gesetz konzentriert sich auf Inlandemissionen plus Auslandkompensation. Weitere Hebel werden nicht genutzt. Solche ins Gesetz aufzunehmen, scheint angesichts der heutigen Ausgangslage nicht unmöglich.

Neue Vorschläge sind nötig

Für uns Liberale ist klar: Eine simple Fortschreibung der heutigen Klimapolitik greift zu kurz. Sie lässt auch die neuen Erkenntnisse der Klimawissenschaften völlig ausser Acht. Zudem orientiert sich eine solche Politik viel zu wenig an den Chancen, die wir als Innovationsnation wahrnehmen sollten.

Deshalb sollten sieben weitere Möglichkeiten näher geprüft werden. Dazu gehören die Flugticketabgaben, Anrechenbarkeit der CO₂-Reduktionen in der ausländischen Wertschöpfungskette von Schweizer Unternehmen, Instrumente zur Reduktion von Risiken inländischer und weltweiter Klimaschutz-Investitionen, die Transparenz und Reporting von Klimarisiken und -wirkung im Bereich institutioneller Anleger und Unternehmen, sowie die Berücksichtigung von Klimarisiken bei der Festlegung von Eigenmittelquoten im Finanzsektor. Zudem soll der Innovationswettbewerb angekurbelt und eine verursachergerechte Finanzierung der ohnehin zu leistenden internationalen Klimafinanzierung geprüft werden.

Klimaschutz im In- und Ausland

Klar ist: Wenn Auslandszertifikate nicht garantiert echten Emissionsreduktionen entsprechen, soll sich die Schweiz diese auch nicht anrechnen. Gleichzeitig soll die Schweiz bilaterale Verträge abschliessen, damit keine Doppelanrechnungen möglich sind. Als Hochtechnologieland mit vielfältigen Handelsbeziehungen und einem erstklassigen Finanzplatz besitzen wir wichtige Hebel, um auch im Ausland massgeblich zum Klimaschutz beizutragen. Anhand dieser Chancen und diverser Massnahmen zeigt sich eindeutig: Die Schweiz muss Klimaschutz sowohl im In- wie auch im Ausland betreiben!

Damian Müller, Ständerat LU

«Die Schweiz besitzt wichtige Hebel, um auch im Ausland massgeblich zum Klimaschutz beizutragen.»

Elektromobilität

Libérale Rezepte zur Förderung der Elektromobilität

Die Mobilität befindet sich im Wandel. Vernetzung und Digitalisierung schreiten voran, neue Mobilitätskonzepte und Akteure drängen in den Markt, und so verschärfen sich die Zielvorgaben zur Emissionsreduktion im Verkehr. Als zentrales Element dieser Veränderungen gilt der elektrische Antrieb. Dessen Förderung sollte mittels liberaler Rezepte erfolgen.

Obschon sich vieles ändern wird: Das Auto bleibt auch in Zukunft der wichtigste Verkehrsträger. Künftig wird der Antrieb aber vermehrt elektrisch sein – Autoschweiz erwartet einen Anteil von 10 Prozent im Jahr 2020. Dieses Ziel ist ambitioniert. Die massiven Investitionen in die Entwicklung und die Herstellung von Elektroautos zeigen aber deutlich die Richtung. Die Elektromobilität wird eine wichtige Ergänzung des motorisierten Individualverkehrs. Dem wichtigsten Verkehrsträger gebühren angemessene Rahmenbedingungen: ein bedarfsgerechtes Strassennetz, bestmögliche Vernetzung mit anderen Verkehrsträgern und eine flächendeckende Ladeinfrastruktur. Hierbei können wir auf einheimisches Schaffen und Schweizer Produkte setzen. Die aargauische ABB ist Weltmarktführer im Schnellladebereich, diverse lokale und überregionale Energieversorger und der TCS bieten Ladedienstleistungen an.

Entbürokratisierung fördert die Elektromobilität

Weder Subventionen noch Sonderrechte sind nötig, um die Elektromobilität zu fördern. Nötig sind ein unbürokratischer und hindernisfreier Aufbau der Ladeinfrastruktur, die Klärung der Regulierungskompetenzen für neue Angebote sowie eine erleichterte Einführung von neuen Mobilitätskonzepten. Auch im Langsamverkehr findet eine Elektrifizierung statt. Heute ist die Benutzung der meisten fahrzeugähnlichen Geräte auf öffentlichem Grund verboten. Das ist ein Beispiel für realitätsfremde Regulierung.

Klimaziele im Verkehr

Die Emissionsvorgaben an die Autobranche sind sehr sportlich. Die Flottenziele in Sachen CO₂-Ausstoss für das nächste Jahrzehnt sind ohne eine markante Zunahme an Steckerfahrzeugen nicht zu

erreichen. Die Umweltbilanz wird mit dem elektrischen Antrieb noch einmal verbessert. Durch den weltweiten Zubau an erneuerbaren Energiequellen wandelt sich das Auto vom Saulus zum Paulus. Die



Thierry Burkart

Mobilität auf vier Rädern wird auch ohne Nutzungseinschränkungen die Klimaziele des Bundes erreichen. Dafür braucht es aber keine sozialistischen Rezepte, sondern liberale.

Thierry Burkart, Nationalrat AG, Mitglied der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen

Wie die Schweiz mit Exporttechnologie ihre ehrgeizigen Klimaziele erreicht

Innovative Schweizer Lösungen zur Emissionsreduktion

In der Schweiz nehmen die Treibhausgasemissionen seit 1990 stetig ab. In den asiatischen Schwellenländern, mit ihrem Hunger nach Infrastruktur, Industrie und Arbeitsplätzen, wachsen sie dagegen am stärksten. Unbestrittenermassen befindet sich das grösste Potenzial für die Einsparung von Treibhausgasen ausserhalb der Schweiz.

Das 2015 beschlossene Pariser Übereinkommen hält gerade für Länder wie die Schweiz eine liberale Lösung für den grenzüberschreitenden Klimaschutz bereit. So können die inländischen Einsparungen um ein Vielfaches übertroffen werden.

Und so funktioniert es: Unternehmen liefern Engineering und Ausrüstung beispielsweise für die Totalerneuerung eines bestehenden thermischen Kraftwerks in einem Schwellenland. Mit bis zu 50 Prozent höherer Effizienz werden Einsparungen von Millionen Tonnen CO₂ pro Anlage erreicht. Allerdings fallen dabei erhebliche Mehrkosten an. Gemäss Pariser Übereinkommen wird dem Expor-

teur bzw. dem Exportland ein Teil der eingesparten Emissionen in Form von handelbaren Zertifikaten gutgeschrieben. Durch deren Verkauf werden die Mehrkosten gedeckt und die Realisierung ermöglicht – für Klimaschutz, Arbeitsplätze und nachhaltige Entwicklung ein idealer Weg.

Export von Effizienztechnologien fördern

Was muss die Politik dazu beitragen? Im Zuge der Revision des CO₂-Gesetzes soll der Export von Effizienztechnologien als prioritäre Massnahme verankert werden. Der Bund soll, gestützt auf das Pariser Übereinkommen, die Anerkennung und An-

rechnung solcher Exporte vorantreiben. Schliesslich soll der Bundesrat mit geeigneten Partnerländern Kooperationsvereinbarungen abschliessen und Investitionssicherheit für diese Exporte schaffen.



Urs J. Näf

Urs J. Näf, FDP Kanton Bern, Mitglied der Fachkommission Umwelt

Gebäudepark Schweiz

Libérale Instrumente für ökologische Sanierung des Gebäudeparks

Um die CO₂-Belastung zu senken, müssen die Gebäude in der Schweiz ökologisch saniert werden. Dazu stehen heute zwar gute Anreizinstrumente zur Verfügung, doch künftig sollen vermehrt marktwirtschaftliche Modelle in den Fokus rücken.

Der Gebäudepark Schweiz verantwortet einen Anteil von rund 30 Prozent der CO₂-Gesamtbelastung. In Zahlen bedeutet dies ca. 13 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalente. Gemäss Vorgabe des Bundesrats sollte der Emissionswert von 1990 bis ins Jahr 2030 halbiert werden. Machbar, weil bei Neubauprojekten kaum noch Ölheizungen verbaut werden und sie besser isoliert sind. Entsprechend sind sie bezüglich CO₂-Belastung unproblematisch. Die grosse Herausforderung ist der bestehende, veraltete Gebäudepark.

Lösungen sind vorhanden

Die heutigen gesetzlichen Vorgaben und die Innovationsdynamik im Markt sind eine gute Basis zur Meisterung dieser Herausforderung. Heizungen werden spätestens alle 25 Jahre ersetzt. Dank der

technologischen Entwicklung sind effiziente Produkte mit grossem Anteil an erneuerbarer Energie auf dem Markt. Ich unterstütze zudem die Umsetzung der Musterenergie-Verordnung der Kantone (MuKE), wonach bei einem Ersatz von fossilen Heizungen künftig ein Anteil von 10 Prozent mit erneuerbarer Energie vorhanden sein soll.

Marktwirtschaftliche Modelle

Für die Sanierung der Gebäudehülle stehen heute die Subventionen des Gebäudeprogramms zur Verfügung. Ein gutes Anschubinstrument, das aber langfristig durch marktwirtschaftliche Modelle wie Zielvereinbarungssysteme ersetzt werden soll. Denkbar ist, dass Hauseigentümer oder Quartiere diese Absenkverpflichtung als Zertifikat verkaufen könnten oder von der CO₂-Abgabe befreit werden.

Zudem hat sich die FDP bei der Energiestrategie 2050 erfolgreich für die Einführung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von ökologischen Investitio-



Peter Schilliger

nen und der Rückbaukosten eingesetzt. Mit letzterem steigt der Anreiz einer Gesamterneuerung von bestehenden Gebäuden. Dies wäre ökologisch am sinnvollsten, weil so die bestehende Infrastruktur am besten genutzt wird.

Peter Schilliger, Nationalrat LU

Kreislaufwirtschaft

Kreislaufwirtschaft: der Königsweg zur Nachhaltigkeit

Wirkliche Nachhaltigkeit wird nicht durch Konsumverzicht und Beschränkungen der Ressourcennutzung erreicht. Es braucht dazu tatsächlich nur zwei Dinge: genug (erneuerbare) Energie und geschlossene Stoffkreisläufe. Neue Schweizer Ansätze in der Kreislaufwirtschaft verdienen deshalb Unterstützung.

Es gilt heute als modisch, unser Leben mit «ökologischen Fussabdrücken» auszumessen. Resultat: Wir leben auf viel zu grossem Fusse, d. h. wir verbrauchen mehr Energie und Ressourcen, als der Planet auf Dauer liefern kann. Schlussfolgerung ist dann meistens, dass wir weniger konsumieren, nicht mehr fliegen, vegetarisch leben etc. sollten. Diese Folgerung ist kurzsichtig, denn sie geht davon aus, dass wir Stoffe nur einmal brauchen und dann irgendwo als «Abfälle» ablagern. Anstatt den Konsum einzuschränken, was Rezessionen und Wohlstandseinbussen auslöst, sollten wir schlicht die Stoffkreisläufe schliessen, d. h. aus «Abfällen» wieder nutzbare Ressourcen machen.

Vergleichen Sie einen sibirischen Tundra-Wald mit einem brasilianischen Regenwald. Beide sind nachhaltig (wenn man sie nicht abholzt!). Der Regenwald verbraucht ein Hundertfaches an Energie

und Stoffen. Er ist dennoch nachhaltig, weil seine Stoffkreisläufe geschlossen sind, und weil er genug Sonnenenergie erhält, um seine Biomasse zu produzieren und umzusetzen.

Bahnbrechende Technologien

Nun tönt das Gebot «Stoffkreisläufe schliessen» freilich wie «I have a dream», eine Utopie. Und doch bietet die Technologie laufend neue Ansätze dazu. Rein technisch ist es heute schon möglich, jegliche Abfälle in einem Plasmaofen zu ionisieren, nach Atomen zu sortieren und dann daraus die reinen Elemente zurückzugewinnen. Wirtschaft-

lich ist das natürlich noch lange nicht. Aber es ist heute bereits wirtschaftlich, Gold und weitere Wertstoffe aus Kehrtrichtschlacke zurückzugewinnen! Es ist an der Grenze der Wirtschaftlichkeit, Phosphor aus den Klärschlämmen von Abwasserreinigungsanlagen zurückzugewinnen. Die Schweiz könnte so in der Versorgung mit diesem (lebenswichtigen) Element autark werden. Dasselbe gilt für Zink, welches aus den Filterstäuben von thermischen Prozessen in reiner Form zurückgewonnen werden kann.

Solche Projekte sind zukunftsweisend und verdienen die Unterstützung der Politik. Sie zeichnen den Königsweg zu einer nachhaltigen Wirtschaft vor – ohne freiheitsbeschränkende und wirtschaftsschädigende Eingriffe.

Dr. Jürg Liechti

FDP SO, Mitglied der Fachkommission Umwelt

«Anstatt den Konsum einzuschränken, sollten wir schlicht die Stoffkreisläufe schliessen.»

Fokus Klima und Umwelt

Viele Versicherer und andere Grossunternehmer fördern bereits heute sehr aktiv den Übergang zur Nutzung erneuerbarer Energien.



Klimapolitik und die Versicherungswirtschaft

Nachhaltigkeit in Grossunternehmen

Der Klimawandel gehört zu den grössten Herausforderungen unserer Zeit. Die Versicherungswirtschaft ist davon stark betroffen. Es braucht deshalb entschlossenes Handeln in Wirtschaft und Politik.

Die Versicherungswirtschaft hat den Klimawandel bereits vor dreissig Jahren als Risiko erkannt. Für die Schweiz bedeutet Klimawandel mehr Hitzetage, trockene Sommer, heftige Niederschläge und schneearme Winter. Das hat nicht nur massive Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft; zunehmende Naturrisiken führen auch zu höheren Versicherungsschäden.

Weitreichende Klimapolitik

Eine weitreichende Klimapolitik zur Reduktion der CO₂-Emissionen bis hin zur Dekarbonisierung ist unumgänglich. Die Versicherungswirtschaft befürwortet deshalb die Verpflichtung des Pariser Klimaabkommens, die CO₂-Emissionen bis 2030 gegen-

über 1990 um 50 Prozent zu reduzieren, ebenso wie ein 85-Prozent-Reduktionsziel (bzw. Netto-Null-Emissionen) bis 2050.

Was tun die Versicherungen?

Zahlreiche Versicherer verzichten heute bereits auf Geschäfte, die zu grossen Umweltschäden führen, oder erlauben diese nur unter strengen Qualitätskriterien. Ein aktuelles Beispiel ist die Versicherung von Kohlerisiken. Versicherer wie Allianz, Generali, Swiss Re oder Munich Re haben diese stark eingeschränkt und fördern so auch den Übergang zur Nutzung erneuerbarer Energien.

Auch bei nachhaltigen Kapitalanlagen nehmen Versicherer eine führende Rolle ein. Swiss Re bei-

spielsweise bezieht Umwelt-, Sozial- und Governance-Benchmarks systematisch in ihre Anlageentscheidungen ein. Damit unterstützen Kapitalanleger eine nachhaltige Unternehmenspolitik, mindern Risiken im Portefeuille und sichern sich langfristig höhere risikobereinigte Renditen. Nachhaltigkeit wird damit zum Kern erfolgreicher Unternehmensführung.

Ambitionierte Ziele setzen

Unterstützend brauchen die Unternehmen aber auch die richtigen politischen Rahmenbedingungen. Viele Länder haben sich ambitionierte und verbindliche Emissionsziele gesetzt. Deshalb unterstützt auch der Versicherungsverband ein Inlandziel für die Schweiz – in Ergänzung zu Reduktionen im Ausland.

Ein solches Ziel unterstreicht die Glaubwürdigkeit der eingegangenen Verpflichtung und erleichtert die Planbarkeit – zumal die Ausgestaltung des Emissionshandels nach der letzten Klimakonferenz unklar bleibt. Ausserdem werden die Preise für Zertifikate künftig steigen, denn die Länder, in denen sich bisher Emissionsreduktionen «einkaufen» liessen, müssen diese vermehrt selber nutzen.

Chancen für Wirtschaft und Gesellschaft wahrnehmen

Für die Schweiz und ihre Unternehmen bietet die Dekarbonisierung deshalb Chancen: kostengünstige Reduktionspotenziale in den Bereichen Gebäude und Verkehr realisieren, die Transformation des Energiesystems vorantreiben, unternehmerische Innovationskraft stärken und inländische Wert-



Beat Habegger

schöpfung schaffen. Mittels einer weitreichenden Politik lässt sich der Klimawandel damit letztlich – neben allen zu bewältigenden Risiken – als positive Kraft zur Weiterentwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft nutzen.

Beat Habegger, Kantonsrat ZH



Nach der Medienkonferenz treffen sich alle drei FDP-Bundesräte und gehen gemeinsam zum Public Viewing, um mit der Bevölkerung anzustossen. An drei FDP-Bundesräte könnte man sich durchaus gewöhnen! (5. Dezember 2018, vor dem Medienzentrum des Bundes, Bern)

Rückblick auf die Bundesratswahlen 2018

Eine historische Wahl

Mit Karin Keller-Sutter sitzt erstmals seit 30 Jahren wieder eine freisinnige Frau im Bundesrat. Sie ist eine würdige Nachfolge von Bundesrat Johann Schneider-Ammann und ein starkes Zeichen für die Frauen und für die Ostschweiz. Mit Stolz zeigen wir Ihnen einige der schönsten Momente der letzten Monate von alt Bundesrat Johann Schneider-Ammann, Bundesrätin Karin Keller-Sutter, Ständerat Hans Wicki und Regierungsrat Christian Amsler und danken allen für ihr grosses Engagement für die FDP und die Schweiz.

Fortsetzung auf Seite 16



Am Morgen, an dem im Nationalrat sein Rücktrittsschreiben verlesen wird, sitzt Bundesrat Schneider-Ammann im Ständerat. Dieser wird von Karin Keller-Sutter präsidiert – und sie nimmt die Gelegenheit sogleich wahr, um ihn zu würdigen. (25. September 2018, Ständeratssaal, Bundeshaus)



Ein gut gelaunter Bundesrat Johann Schneider-Ammann scherzt mit Petra Gössi. Wenige Minuten später fängt die Delegiertenversammlung an. (29. September 2018, Delegiertenversammlung in Pratteln BL)

Rückschau Bundesratswahlen



Johann Schneider-Ammann beantwortet die Fragen der Journalisten zu seinem Rücktritt. Er überzeugt mit Schlagfertigkeit und Witz. Sein Spruch «Es geht mir gut – ich bin wach» ist mittlerweile legendär. (25. September 2018, Medienzentrum des Bundes, Bern)



FDP-Präsidentin Petra Gössi übt ihre Rede in der Küche des Kongresszentrums. Bundesrat Schneider-Ammann hat wenige Tage zuvor seinen Rücktritt bekannt gegeben. Sie wird ihm für seinen enormen Leistungsausweis danken, und die Delegierten werden es mit mehreren stehenden Ovationen belohnen. (29. September 2018, Delegiertenversammlung in Pratteln BL)



Bundesrat Johann Schneider-Ammann lauscht gespannt den zahlreichen Dankesbotschaften, welche die Mitglieder der FDP-Liberalen Fraktion auf Video aufgenommen haben. (29. September 2018, Delegiertenversammlung in Pratteln BL)



Die Kandidatin Karin Keller-Sutter nimmt den Zug nach Winterthur an eine der drei Roadshows der FDP. Dabei wird sie von einem Team vom Schweizer Radio und Fernsehen (SRF) begleitet. (12. November 2018, Intercity zwischen Bern und Winterthur)



Die drei Kandidaten warten auf ihren Auftritt an der Roadshow: Schaffhauser Regierungsrat Christian Amsler, Ständerätin Karin Keller-Sutter und Ständerat Hans Wicki (von links). (12. November 2018, Roadshow in Winterthur)



Nicht nur die Medien mögen Karin Keller-Sutter, sondern auch zahlreiche Fans wollen ein Selfie mit ihr. (12. November 2018, Roadshow in Winterthur)



Die drei Kandidaten sind zwar Konkurrenten und schenken sich nichts. Aber sie verstehen sich sehr gut und die Atmosphäre ist immer angenehm. (14. November 2018, vor der Roadshow in Yverdon)



Ständerat Hans Wicki stellt sich den Fragen der Journalisten, nachdem die FDP-Liberale Fraktion ihn und Karin Keller-Sutter für das Ticket nominiert hat. Das Medieninteresse kennt keine Grenzen. (16. November 2018, Bundeshaus)



FDP-Präsidentin Petra Gössi gratuliert Karin Keller-Sutter zu ihrer Nomination durch die FDP-Liberale Fraktion. Vor dem Sitzungszimmer warten die Medien auf ein Statement. (16. November 2018, Bundeshaus)



Volle Konzentration: Karin Keller-Sutter in den Minuten vor dem Hearing bei der SP. Sie weiss, von diesen Gesprächen hängt vieles ab. (4. Dezember 2018, Fraktionsbüro FDP, Die Liberalen, Bundeshaus)



Die strahlende Bundesrätin: Kurz nach der Wahl kommt Karin Keller-Sutter über die Treppe hinab in die Kuppelhalle. Draussen auf dem Bundesplatz wird sie bereits von vielen begeisterten Menschen erwartet. (5. Dezember 2018, Bundeshaus, Bern)



Ihr Mann Morten und die FDP des Kantons St. Gallen gehören im Bundeshaus zu den allerersten Gratulanten. Die Freude ist riesig. (5. Dezember 2018, Bundeshaus, Bern)



Auf dem Bundesplatz wird unsere neue Bundesrätin von zahlreichen Menschen freudig begrüsst. Sie trifft unter anderem ihre ehemalige Lehrerin. (5. Dezember 2018, Bundesplatz, Bern)



Karin Keller-Sutter nutzt eine der seltenen Verschnaufpausen und schaut sich ihre vielen Gratulationsbotschaften an. Wenige Minuten später geht es weiter in den «Rundschau Talk» im Fernsehen SRF. (5. Dezember 2018, Medienzentrum des Bundes, Bern)

Die Delegierten dankten Johann Schneider-Ammann spontan mit mehreren stehenden Ovationen.



Auf Wiedersehen Johann Schneider-Ammann

Herzlich willkommen, Karin Keller-Sutter

Mehr Bilder
auf
www.fdp.ch

Rund 350 Delegierte haben am 12. Januar 2019 ihren alt Bundesrat Johann Schneider-Ammann würdig verabschiedet und die neue Bundesrätin Karin Keller-Sutter herzlich willkommen geheissen. Neben diesem festlichen Teil fassten die Delegierten die Parolen für drei Abstimmungsvorlagen.

Sutter, herzlich empfangen. Sie verfügt über einen beispiellosen politischen Leistungsausweis von fast 30 Jahren im Dienste der Schweizerinnen und Schweizer. Als Gemeinderätin, Kantonsrätin, Regierungsrätin und noch vor kurzem als Ständeratspräsidentin hat sie ihr Können bewiesen. Auch in

An der ersten Delegiertenversammlung 2019 haben die Delegierten in Biel ihrem alt Bundesrat Johann Schneider-Ammann für sein enormes Engagement im Dienst unseres Landes und unserer Partei gedankt und ihn würdevoll verabschiedet. Der Elektroingenieur und ehemalige Unternehmer konnte trotz Wirtschaftskrise die Erwerbsquoten hochhalten. Er hat den weltweiten Spitzenplatz als Innovationsstandort ausgebaut, zahlreiche Freihandelsabkommen ausgehandelt und die Schweiz ins digitale Zeitalter geführt. «Es war mir eine Ehre, mich für dieses Land, für unser Petit Paradis, zu engagieren», so der alt Bundesrat in seiner Abschiedsrede. Die Delegierten dankten es ihm mit mehreren stehenden Ovationen.

Warmes Willkommen für Karin Keller-Sutter

Wo ein Ende ist, ist auch ein Anfang. So haben die Delegierten ihre neue Bundesrätin, Karin Keller-



Ein emotionaler Moment: Die Delegierten danken und verabschieden den verdienten Bundesrat mit stehenden Ovationen.

der Wirtschaft ist sie bestens verankert, etwa durch ihr Engagement im Vorstand des Arbeitgeberverbands oder durch ihre Arbeit im Rahmen von mehreren Verwaltungsratsmandaten. Die FDP ist stolz auf sie und freut sich darüber, dass sie die freisinnigen Werte im Bundesrat vertritt.

Sehr deutliche Zustimmung zur AHV-Steuvorlage und zur Waffenrichtlinie

Einstimmig haben die Delegierten die Zersiedelungs-Initiative abgelehnt, über die wir am 10. Februar zu bestimmen haben. Sie liefert keine Antworten auf die dringendsten Probleme der Raum-

«Es war mir eine Ehre, mich für dieses Land, für unser Petit Paradis, zu engagieren.»

Johann Schneider-Ammann

planung. Eine deutliche Ja-Parole fassten sie aber mit 296 zu 4 Stimmen bei 7 Enthaltungen für die AHV-Steuvorlage. Mit diesem Paket wird nicht nur die Standortattraktivität gesichert, sondern auch die notwendige Rechts- und Planungssicherheit für Hunderttausende Arbeitsplätze in der Schweiz gewährleistet.

Nach einer spannenden Debatte haben die Delegierten dann auch die Änderung der EU-Waffenrichtlinie mit 250 zu 46 bei 5 Enthaltungen angenommen. Sie wollen das für die Sicherheit in der Schweiz so wichtige Schengen-Abkommen nicht gefährden und betrachten die Änderungen für die Schützinnen und Schützen als zumutbar.



«Die Menschen erwarten von der Politik nicht, dass sie ihnen alle Sorgen abnimmt. Aber sie erwarten von uns, dass wir sie in ihrer persönlichen Freiheit nicht noch mehr einschränken», ist unsere neue Bundesrätin Karin Keller-Sutter überzeugt.



Die Partei schenkte ihrer neuen Bundesrätin ein grosses Bild des Säntis, das ihre Heimat Ostschweiz symbolisieren soll. Petra Gössi scherzte: «Zum Glück sind die Büros der Bundesräte gross.»



Unsere Präsidentin hat nicht nur die Delegierten auf das Wahljahr eingeschworen, sondern in Biel auch noch ihren Geburtstag gefeiert. Die Blumen nahm sie dankbar entgegen.



Petra Gössi übergibt Johann Schneider-Ammann eine Gutschein-Box für Ausflüge mit seinen Enkelkindern.

Engagierte Nachwuchstalente – Investition in die Zukunft

Mentoringprogramm der FDP Schweiz

Im Juni 2019 startet das neue Mentoringprogramm der FDP Schweiz. Das Programm wird in zwei Ebenen angeboten. So richtet sich ein Programm gezielt an junge Persönlichkeiten, die erst am Beginn ihrer Politkarriere stehen. Das zweite Programm strebt eine Unterstützung von Politikern an, die schon in einem Amt tätig sind und eine nationale Karriere anstreben.



Teilnehmende des Bachelorprogramms am Kickoff, zusammen mit dem damaligen Fraktionspräsidenten, Bundesrat Ignazio Cassis, Präsidentin Petra Gössi und Generalsekretär Samuel Lanz.

Das Programm «Bachelor» richtet sich an Jungpolitikerinnen und Jungpolitiker, die evtl. bereits auf kommunaler Stufe aktiv sind. Diese Jungpolitiker sollen für ein kantonales Amt (Legislative sowie Parteikader) vorbereitet werden. Die Jungpolitiker erhalten während zweier Jahre eine Betreuung, die ihnen ermöglichen soll, sich ein Netzwerk, das nötige Fachwissen und Kompetenzen aufzubauen. Jeder Teilnehmer erhält einen kantonalen Mentor, der darum bemüht ist, dem Mentee ein Netzwerk im Kanton zu eröffnen. Ebenso werden die Teilnehmer von ihrer Kantonalpartei tat-

kräftig unterstützt, gefördert und betreut. Fleissige Bachelormentees können sich nach einem Jahr für das Masterprogramm bewerben. Pro Ausbildungsgang sind 15 bis 20 Mentees möglich.

Gezielte Förderung

Mit dem Masterprogramm sollen aussichtsreiche Politikerinnen und Politiker auf ein Mandat in der nationalen Legislative, der kantonalen Exekutive oder der nationalen Partei vorbereitet werden. Das Programm bietet ausgewählten Personen die Möglichkeit, sich mit wichtigen Personen zu vernetzen

und so an ein Netzwerk, finanzielle Unterstützung und überregionale Beachtung zu kommen, um erfolgreich kantonale Regierungswahlkämpfe und nationale Wahlkämpfe zu bestehen.

Jeder Teilnehmer erhält einen nationalen Mentor. Den Teilnehmenden wird eine individuell angepasste Förderung ermöglicht. Pro Durchgang können maximal 6 Personen teilnehmen. Das Programm dauert zwei Jahre.

Mit dem Mentoringprogramm sollen junge Politiker so geschult werden, dass sie für kantonale oder nationale Ämter vorbereitet sind. Sie verinnerlichen die liberale Strategie, Werte und die Ausrichtung und können die liberale Politik nach aussen tragen.

Wertvolle Einblicke, grosse Plattform

Durch das Programm erhält die Partei Nachwuchskräfte, die auf einem vergleichbaren Level ausgebildet sind. Die Mentees erhalten auch die Gelegenheit, aktiv bei den Kampagnen, Wahlkämpfen oder bei der Parteikommunikation mitzuwirken. So können sie ihre Ideen und ihr Engagement einbringen und erhalten eine wertvolle Plattform in ihrer Region oder sogar der ganzen Schweiz. Gleichzeitig helfen sie mit, wichtige Inhalte der FDP hinaus in die Kantone und Ortsparteien zu tragen.

Die Ausschreibung startet Anfang Februar – die Kantonalparteien und die FDP Schweiz freuen sich auf zahlreiche Bewerbungen. Für weitere Informationen können Sie sich gerne an Ihre Kantonalpartei oder direkt an die FDP Schweiz wenden.

Anforderungen

- › Politisch aktiv auf kommunaler (Bachelor) oder kantonalen Ebene (Master)
- › Ab 18 Jahre
- › Ausserordentliches politisches Interesse
- › Ehrgeiz, Zielstrebigkeit
- › Bereitschaft, während 2 Jahren grosses persönliches Engagement zu leisten
- › Grosse Flexibilität mitbringen; viele Anfragen sind kurzfristig

Ja zur AHV-Steuervorlage

Standortattraktivität der Schweiz verbessern

Ein weiteres Hinauszögern einer Reform der Unternehmenssteuern wäre sehr riskant, denn es würde die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz und viele Arbeitsplätze gefährden. Die AHV-Steuerreform sichert einen starken Standort Schweiz und gibt den Unternehmen die dringend benötigte Rechts- und Planungssicherheit.

Eines ist nach dieser Legislatur klar: Grosse Würfe sind dem Parlament nicht gelungen. In den Medien war nach dem Scheitern der Unternehmenssteuerreform III und der Reform Altersvorsorge bereits von einer verlorenen Legislatur die Rede. Doch deswegen die Segel streichen dürfen wir nicht – das Problem der international nicht mehr akzeptierten Steuerregimes besteht noch immer und kann mit einer Annahme der AHV-Steuerreform gelöst werden. Eine rasche Lösung ist noch wichtiger geworden. Ein weiteres Hinauszögern ist unweigerlich mit unverantwortlichen Risiken verbunden – kommt die Schweiz von der grauen auf die schwarze Liste der Steuerländer, steht die

Standortattraktivität der Schweiz auf dem Spiel. Dieses Risiko ist für die international vernetzte Schweiz und die mit ihr verbundenen Arbeitsplätze nicht tragbar. Nur eine zeitnahe Reform stellt sicher, dass die Schweiz auch in Zukunft einer der wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsstandorte bleibt und so weiterhin zu den attraktivsten und innovativsten Ländern der Welt gehört. Die AHV-Steuerreform ist deshalb eine Chance, zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Während sie zum einen international nicht mehr akzeptierte Steuerregimes abschafft und damit einen reinen Tisch macht, entwickelt sie zum anderen international unbestrittene Regelungen weiter, sodass die Schweiz auch wei-

terhin ein attraktiver Steuer-, Forschungs- und Arbeitsplatz bleibt. Mit dieser Reform erhalten alle Unternehmen Rechts- und Planungssicherheit. Ermöglichen wir also eine geordnete Standortverbes-



Ruedi Noser

serung, welche im Unterschied zur Unternehmenssteuerreform III sozial abgedeckt ist, und sagen Ja zur AHV-Steuerreform.

Ruedi Noser, Ständerat ZH

Abstimmungen

Das Waffengesetz – was steckt dahinter?

Aufgrund verschiedener Terroranschläge in Europa und deren länderübergreifender Kriminalität haben die Schengen-Staaten beschlossen, die Waffengesetzgebung im Schengen-Raum anzupassen.

Der illegale Waffenhandel soll besser bekämpft und die Rückverfolgbarkeit von Teilen halbautomatischer Waffen besser gewährleistet werden. Auch der polizeiliche Informationsaustausch zwischen den Schengen-Staaten soll optimiert werden. Als Schengen Mitglied hat auch die Schweiz ihr Waffenrecht weiterentwickelt. Gegen dieses Gesetz wurde das Referendum ergriffen.

Beim Waffengesetz umstritten ist die verschärfte Bedingung für den Erwerb und den Besitz halbautomatischer Waffen. Diese Waffen gelten neu als verboten. Eine Ausnahme vom Verbot bildet die von der Armee übernommene Armeewaffe. Obwohl die Armeewaffe zu den halbautomatischen Gewehren gehört, wurde sie vom Gesetz ausgenommen. Ein Sturmgewehr, das der Armeeangehörige nach dem Ende der Dienstzeit übernimmt, fällt daher nicht in die Kategorie der verbotenen Waffen. Für den Schützen, der mit seiner Armeewaffe trainiert, ergeben sich folglich keine Änderungen. Erst bei einem Weiterverkauf braucht es eine Bewilli-

gung für den neuen Käufer. Mit dem neuen Waffengesetz wird zudem von Sammlern und Museen verlangt, dass ihre halbautomatischen Waffen sicher aufbewahrt werden.

Minimale Änderungen

Somit ist klar: das befürchtete Ausmass der Änderung des Waffengesetzes hält sich in engen Grenzen, mit welchen gezielt die Sicherheit verbessert werden soll. Zudem sichern wir mit dem Waffengesetz unsere Schengen-Mitgliedschaft, die für die innere Sicherheit der Schweiz absolut zentral ist. Diese wären mit dem automatischen Austritt aus Schengen verloren, wenn die Schweiz ihr Waffengesetz nicht anpasst.

**Corina Eichenberger
Nationalrätin AG**



Nach einer interessanten Podiumsdiskussion (von links: NR Corina Eichenberger, NR Philippe Nantermod, NR Jean-Luc Addor) sprachen sich die FDP-Delegierten deutlich für ein Ja zur Waffenrichtlinie aus.



Bauzonen nicht einfrieren

Nein zur Zersiedelungs-Initiative

Die Grünen wollen mit der Zersiedelungs-Initiative Bauzonen ohne jegliche zeitliche Beschränkung einfrieren. In populistischer Manier stellen sie sich als «wir gegen alle» im Kampf für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung dar. Dabei ist völlig klar, dass wir mit unserem Boden haushälterisch umgehen müssen und dass das nicht nur ein Anliegen der Grünen ist. In der Raumplanung braucht es einen vernünftigen Spielraum – die radikale Zersiedelungs-Initiative ist daher abzulehnen.

Wer ökonomisch denkt, denkt auch ökologisch – selbstverständlich auch in der Raumplanung. Die Zersiedelungs-Initiative liefert keine Antworten auf deren Probleme. Im Gegenteil, die Initiative schränkt den Handlungsspielraum der Kantone ein, um wirksam gegen die Zersiedelung vorzugehen und auf gesellschaftliche oder wirtschaftliche Entwicklungen der Zukunft zu reagieren. Der Bundesrat wie auch das Parlament empfehlen die Initiative deshalb deutlich zur Ablehnung.

Raumplanung als Wahlkampf

Die eidgenössische Volksinitiative «Zersiedelung stoppen – für eine nachhaltige Siedlungsentwick-

lung», auch einfach Zersiedelungs-Initiative genannt, kommt am 10. Februar 2019 zur Volksabstimmung. Artikel 75 der Bundesverfassung soll um vier Absätze erweitert werden und erreichen, dass die Bauzonen in der Schweiz nicht mehr weiter zunehmen, respektive es soll nur eine neue Bauzone geben, wenn mindestens eine gleich grosse Fläche mit vergleichbarer Bodenqualität ausgezont wird. Hinzu kommen Bestimmungen zur Siedlungsverdichtung und zur staatlichen Förderung «nachhaltiger» Quartiere. Damit wird klar: Es geht den Grünen darum, das zukünftige Wohnen zentralistisch zu lenken und den Handlungsspielraum der Kantone und Gemeinden einzuschränken. Es geht

den Initianten aber hauptsächlich um Wahlkampf. In einem Strohfeuer der Unwahrheiten positionieren sie sich als einzige Kraft, die etwas gegen die Zersiedelung unternimmt.

Raumplanungsgesetz wirkt

Die eidgenössischen Räte haben 2012 eine Revision des Raumplanungsgesetzes beschlossen. Die strengen Massnahmen, die es enthält, wurden in einer Volksabstimmung bestätigt und sind am 1. Mai 2014 in Kraft getreten. Die Folgen dieser Regulierung zeigen bereits erste Effekte: Die Bauzonenfläche pro Kopf nimmt dank der Siedlungsentwicklung nach innen und einer effizienteren Flächennutzung ab. Auch die am 11. März 2012 vom Volk angenommene Zweitwohnungsinitiative hat einen dämpfenden Effekt auf die Zersiedelung. Die Bautätigkeit ist deshalb in den Gebieten mit hohem Zweitwohnungsanteil – speziell in den touristischen Berggebieten – rückläufig. Die Behauptungen der Grünen, wir hätten ein Raumplanungschaos und die bisherigen Massnahmen mit den überarbeiteten kantonalen Richtplänen und den angepassten kantonalen Planungs- und Baugesetzen zeigten keine Wirkung, sind klar falsch.

Spielraum bewahren

Heute lässt sich kaum abschätzen, wie die räumlichen Bedürfnisse in einem digitalisierten Zeitalter aussehen werden. Es braucht gerade in der Raumplanung eine gewisse Flexibilität. Eine Güterabwägung muss immer möglich sein. Denn es ist offen, wie sich Mobilität, Logistik, Industrie, Dienstleistungen, Wohnformen u. Ä. entwickeln und welche Raumbedürfnisse sie haben werden. Ein Nein zur Zersiedelungs-Initiative bedeutet, sich in der Raumplanung einen vernünftigen Spielraum zugunsten der in unserem Land wohnenden und arbeitenden Menschen zu bewahren.

Hansjörg Brunner,
Nationalrat TG

Befürworter

Grüne, JUSO, Alternative Linke Bern, SP und Umweltorganisationen

Gegner

FDP, Jungfreisinnige, SVP, CVP, BDP, grünliberale, Schweizerischer Gewerbeverband, Baumeisterverband, Centre Patronal, Economiesuisse, Schweizer Bauernverband, Hotelleriesuisse, Versicherungsverband, Hauseigentümerverband, Fédération romande immobilière, Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Berggebiete

Meinungsmacher

FDP-Newsletter



Unser monatlicher FDP-Newsletter «Meinungsmacher» liefert Ihnen die neusten Blogs der FDP-Parlamentarier, Informationen zu den wichtigsten politischen Geschäften und News aus der Presse und den sozialen Medien. Bleiben Sie auf dem Laufenden und seien Sie hautnah dabei! Abonnieren Sie unseren Meinungsmacher.

<https://www.fdp.ch/aktuell/newsletter/newsletter-anmelden/>

Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen



NEIN

10. FEBRUAR

Volksinitiative «Zersiedelung stoppen – für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung (Zersiedelungsinitiative)»



JA

19. MAI

Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF)



JA

19. MAI

Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands.
Änderung der EU-Waffenrichtlinie

AGENDA

1. bis 3. Februar

Wahlkampf-Trainingscamp (Aarau)
und 125-Jahr-Jubiläumsfeier der FDP (Olten)

10. Februar

Eidgenössische Volksabstimmung

4. Mai

Delegiertenversammlung in St. Gallen

19. Mai

Eidgenössische Volksabstimmung

22. Juni

Delegiertenversammlung im Kanton Zürich

31. August

Tag der FDP in Aarau

Überflüssig
& unnützlich!

Radikale
Zersiedelungs-Initiative
NEIN

www.radikale-zersiedelungs-initiative-nein.ch

Herausgeberin / Redaktion / Inserate:

FDP.Die Liberalen | Postfach | 3001 Bern

T: 031 320 35 35 | F: 031 320 35 00

E: info@fdp.ch | www.fdp.ch

Layout:

LZ Print | E: kontakt@lzprint.ch

Druck:

NZZ Media Services AG

T: 071 272 72 06 | E: print@nzz.ch

FDP
Die Liberalen

Save the Date

Tag der FDP 2019

Gemeinsam weiterkommen.

31. August 2019

Schachenhalle Aarau

www.fdp.ch



**KRAFTWERK
ZÜRICH**

**12. APRIL
(GANZTÄGIG)**

Save the Date

Urban Innovation Day II

Die Smart City Konferenz für Schweizer und internationale Startups